

Rechtsanwälte  
**Tronje Döhmer \* Uta Steinbach \* Axel Steinbach**  
in Kooperation

DAV-Ausbildungskanzlei Döhmer \* Bleichstr. 34 \* 35390 Gießen

Landgericht Gießen  
Ostanlage 15  
**35390 Gießen**

RA Döhmer - DAV-Ausbilder  
- **Strafverteidiger**  
- Insolvenz-, Arbeits-, IT-Recht, FamR  
35390 Gießen, Bleichstr. 34 (Parken im Hof)  
Tel : 0641/97579-0 / Fax 97579-31  
**RAin Steinbach\* & RA Steinbach\*\***  
\* - Fachanwältin für Familien- & Medizinrecht -  
\*\* - Fachanwalt für Verkehrsrecht -  
35619 Braunfels, Wetzlarer Str. 1

Gießen,

Sachbearbeiter: RA Döhmer

Aktenzeichen: 22-08/00116 vö

Bei Schriftverkehr und Zahlung bitte angeben! Danke!

**- 8 Ns – 501 Js 15915/06 -**

**In der Strafsache  
gegen Jörg Bergstedt u. a.**

werden die nächsten Beweisanträge (76 – 100) unter Hinweis auf die einführenden Erläuterungen im Schriftsatz vom 25.08.2009 gestellt:

(75a) Die in der Broschüre aufgrund einer sorgfältigen Recherche niedergelegten, bereits mit den Anträgen 1 bis 75 unter Beweis gestellten Tatsachen sowie der Inhalt der BVL-Akte 6786-01-0169 belegen, dass der Bescheid vom 03.04.2006 an einem besonders schwer wiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist. Außerdem verstößt der Bescheid gegen die guten Sitten. Eine Prüfung der für die Genehmigung nach dem Gentechnik-Gesetz erforderlichen Tatsachen erfolgte nicht. Es gab keine Sach-, Gefährlichkeits- und Gefährdungsprüfung. Soweit Prüfungen durchgeführt worden sind, geschah dies oberflächlich und unwissenschaftlich. Die Genehmigungsbehörde arbeitete so, weil sie ausschließlich mit unkritischen Gentechnik-Befürwortern in der entsprechenden Abteilung besetzt ist. Die geschilderten Seilschaften schließen eine den gesetzlichen Anforderungen genügende Fallprüfung aus. Dies ist für jede halbwegs eingeweihte Person offensichtlich. Auf diese Art und Weise werden Menschen, Tiere, Pflanzen und die Umwelt einem nicht kalkulierbaren und nicht verantwortbaren Risiko ausgesetzt, das mit den guten Sitten nicht zu vereinbaren ist.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

Für die Richtigkeit dieser Beweisbehauptungen sprechen ebenfalls die nachfolgend unter Beweis gestellten Tatsachen. Die werden die einzuholenden Gutachten bestätigen.

(76) Über diese – im Beweisantrag 75 geschilderte - Ähnlichkeit hinaus ist aber vieles anders am AgroBioTechnikum, wie das Gründerzentrum für grüne Gentechnik benannt wurde. Das Geschehen in Gewächshäusern und auf Äckern hat aber weniger mit der behaupteten Forschung zu tun als vielmehr mit anderen Zielen: Propaganda für die Gentechnik und das Umlenken umfangreicher Forschungs- und Fördermittel in ein undurchschaubares Geflecht von Firmen und DienstleisterInnen. Die gleichen sich an einem Punkt: Die Geschäftsführerin heißt Kerstin Schmidt. Sie amtierte zudem als Schatzmeisterin des im Hintergrund die Fäden ziehenden FINAB e.V. Praktisch sicher auch, dass der bei der Genehmigung der Versuche mitwirkende Joachim Schiemann Gründungsmitglied im Geflecht von Groß Lüsewitz war, dessen JKI seit 2005 selbst an Versuchen mitwirkte<sup>56</sup> und Teil des wichtigsten Firmenverbundes BioOK wurde, während Schiemann in der EFSA saß.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 56 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(77) Den ersten Verdacht räumen die MacherInnen des AgroBioTechnikums sogar freimütig ein. Auf der Internetseite des koordinierenden Vereins FINAB<sup>57</sup> (Vorsitz: Prof. Inge Broer; Schatzmeisterin bis 2008: Kerstin Schmidt) heißt es über einen beantragten Rapsversuch in den Anfangsjahren 2004 bis 2006: „Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und

Durchführung von Freisetzungen am Standort Groß Lüsewitz, andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum. Gemeinsam mit der Universität Rostock wird an der Etablierung von Analyseverfahren zur Identifizierung und Quantifizierung von gentechnisch veränderten Pflanzen gearbeitet. Diese Verfahren sollen als Standarddienstleistungen im Zentrum angeboten werden.“ Im Klartext: Ein wissenschaftliches Ziel besteht gar nicht. Doch trotz der offen eingeräumten Ausrichtung auf reine Werbezwecke erreichte der Versuch eine Förderung durch das Wirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von 80% des Gesamtvolumens von 628.198 €. Die staatlich subventionierte Firmengründung incl. Gehirnwäsche wollte mit hohem Risiko gleich in die Vollen gehen, denn Raps ist die auskreuzungs- und durchwuchsintensivste Art aller bisher verwendeten transgenen Pflanzen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 57 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen Kerstin Schmidt und Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (c).

(78) Den zweiten Verdacht formulierten Lorch/Then58 deutlich: „Die Firma biovativ wiederum wurde 2003 als 100%ige Tochter des Vereins FINAB gegründet mit der Aufgabe, das Gewächshaus und die Äcker des von FINAB initiierten AgroBioTechnikum zu betreuen. Wie bereits festgestellt, ist Kerstin Schmidt die Geschäftsführerin von biovativ. Laut Handelsregister hat die biovativ GmbH nur einen Mitarbeiter. Da Schmidt gleichzeitig auch Geschäftsführerin von BioMath und BioOK und im Vorstand von FINAB e.V. ist - und all diese Betriebe und der Verein unter der gleichen Adresse und teilweise unter der gleichen Telefonnummer zu erreichen sind - drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten.“

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 58 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen Kerstin Schmidt und Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (c).

(79) Zwei weitere Indizien weisen daraufhin, dass das AgroBioTechnikum vor allem der Propaganda und der Veruntreuung großer Mengen von Steuergeldern dient. Das eine ist die Ausbildung der Hauptperson Kerstin Schmidt. Sie ist Mathematikerin, d.h. für ihre zentralen Positionen am wichtigsten Freisetzungsstandort deutscher Gentechnik fehlen ihr die nötigen Qualifikationen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (a).

(80) Das andere ist ein Projekt, das ab 2007 geplant wurde und im Sommer 2008 entstand: Die BioTechFarm in Üplingen (siehe S. 15).<sup>59</sup> Kerstin Schmidt hält seit 2007 die Internetadresse und ist seit April 2008 die Geschäftsführerin. Ihr Kooperationspartner: Die in Sachsen-Anhalt seit Jahren agierende einflussreiche Lobby rund um den FDP-Politiker und InnoPlanta-Chef Schrader. Die durch deren Treiben locker gemachten Steuermillionen flossen jahrelang nach Gatersleben. Nun soll ein neuer Ort her, um weiter Steuermittel in eine Zentrale für Gentechnikpropaganda und undurchsichtige Firmengeflechte zu verschieben.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 59 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(81) Solche Förderungen aus staatlicher Hand dienen auch dem AgroBioTechnikum - und zwar in enormer Höhe. Ausgewählte Zuschüsse aus Landes- und Bundesprogrammen für den Aufbau des Zentrums (gesamt: 9,1 Mio. Euro<sup>60</sup>):

„Zukunft für die Jugend in MV“ für Forschungsgewächshaus und Mehrzweckhalle: 2.103.459 €.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für „Planungsleistungen Gründerzentrum für biogene Ressourcen Groß Lüsewitz“ 21.533 € und für das „Kompetenz- und Gründerzentrum Groß Lüsewitz“: 5.189.200 €.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: 983.498,01 € an den Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie (FINAB e.V.) zur Anschaffung von Geräten.<sup>61</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 60 und 61 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, geschichts- und finanzwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(82) Im und um das AgroBioTechnikum entstanden etliche Firmen, viele davon

mit gleichem Personal. Biovativ bietet gentechnische Arbeiten als Dienstleistung für andere an, der Verein FINAB diente lange als Antragsteller und politisches Sprachrohr. Der Zusammenschluss der wichtigsten Organisationen heißt BioOK - auch hier arbeitet Kerstin Schmidt als Geschäftsführerin. Von August 2005 bis 2008 wurde der BioOK-Forschungsverbund durch das BMBF mit 4,383 Mio. € gefördert, um „neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren“ zu entwickeln. Für konkrete Projekte, z.B. Freisetzen und Laborversuche, flossen Steuergelder an Firmen und Institute des BioOK-Verbundes, die meisten der Gelder gingen an die dubiosen Minifirmen um Broer62 und Schmidt:

Entwicklung von standardisierten Analyseschemata und Zulassungsdossiers für gentechnisch veränderte Pflanzen: biovativ GmbH, 130.152 €.

Pflanzenspezifische Analyseschemata und Zulassungsdossiers: BioMath, 158.619 €.

Optimierung von Anbauverfahren für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen - zur Produktion von Pflanzenmaterial mit einheitlichen Inhaltsstoffen - unter Vermeidung von messbarem Pollenflug: biovativ GmbH, 207.204 €.

Analytischer Nachweis von Summenparametern und Einzelkomponenten, Teilprojekt 1: Uni Rostock, 677.765 €.

Analytischer Nachweis von Summenparametern und Einzelkomponenten, Teilprojekt 2: BIOSERV GmbH, 261.347 €.

Entwicklung eines schnellen in vivo Verfahrens zur Detektion geringer Einflüsse transgenkodierter Proteine auf Mikroorganismen und Stoffflüsse im Boden, Teilprojekt 1: Uni Rostock, 270.838 €.

Entwicklung eines schnellen in vivo Verfahrens zur Detektion geringer Einflüsse transgenkodierter Proteine auf Mikroorganismen und Stoffflüsse im Boden, Teilprojekt 2: Steinbeis Transferzentrum, 245.461 €.

Entwicklung eines standardisierten Labortests für Dungkäfer zur Prüfung der Umweltverträglichkeit von verfütterten transgenen Pflanzen, BTL GmbH, 155.009 €.

Entwicklung einer Methode zur Detektion des Einflusses transgener Pflanzen auf Ökosysteme auf der Basis von Veränderungen des Genoms responsiver Viren sowohl in Pflanzenmaterial als auch ihren Vektoren. Teilprojekt 1: BTL GmbH, 247.102 €.

Entwicklung einer Methode zur Detektion des Einflusses transgener Pflanzen auf Ökosysteme auf der Basis von Veränderungen des Genoms responsiver Viren sowohl in Pflanzenmaterial als auch ihren Vektoren. Teilprojekt 2: BAZ Quedlinburg (jetzt JKI), 238.058 €.

Entwicklung einer in-vitro-Methode zur Simulation von Verdauung und Resorption: Broer/Uni Rostock, 927.887 €.

Entwicklung von Anreicherungsverfahren und Testsystemen zum quantitativen Nachweis von Substanzen in transgenen Pflanzen: BIOSERV GmbH, 224.600 €.

Entwicklung von Analyseverfahren zur Toxizität von gv-Pflanzen: Primacyt GmbH, 77.110 €.

Entwicklung von Analyse- und Bewertungssystemen zur Ermittlung einer

potenziellen Allergenität von gv-Pflanzen: BIOSERV GmbH, 414.218 €.

Entwicklung und Umsetzung von Modellen zur Unterstützung bei der Erstellung von Freisetzungsanträgen und Überwachungsplänen für ein anbaubegleitendes Monitoring von gv-Pflanzen: BioMath GmbH, 150.237 €.

Polymerenproduktion in transgenen Kartoffelknollen (2007-08). Teilprojekt 1: Broer/Uni Rostock (263.853 €), Teilprojekt 2: biovativ (94.369 €). Weitere Projektpartner: Uni Bielefeld, Eberhard-Karls-Uni Tübingen, Norika Nordring-Kartoffelzucht und VermehrungsGmbH. Gesamt: 693.783 €.66

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 62 bis 66 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, geschichts- und finanzwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(83) Neben diesen Steuergeldern fließen Mittel der Gentechnikkonzerne nach Groß Lüsewitz. Die BASF engagierte sich auch direkt und schützte 2009 die Versuchsfelder durch eine beauftragte Wachfirma. Deren Bedienstete verwiesen bei Nachfrage auf die Firma BASF als Auftraggeber und verteilten deren Propaganda.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 62 bis 66 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, geschichts- und finanzwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(84) Geld ist das Hauptmotiv für die Aktivitäten am AgroBioTechnikum: „Im Moment ist es hauptsächlich Forschung in der Gentechnik, weil es dafür Geld gibt“, räumte Inge Broer 2006 in der WDR-Sendung „Immer Ärger mit Linda“ freimütig ein. Minister Backhaus nannte weitere Gründe: „Gute Ergebnisse in diesem Bereich sind für die Landesregierung und für mich als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die besten Argumente sowohl gegenüber dem Bund als auch innerhalb des Landes, mich für den Erhalt der Agrarwissenschaften in der Universität Rostock aber auch ganz aktuell für den Erhalt zumindest eines Teils der Bundesforschungsanstalt hier in Groß Lüsewitz einzusetzen.“<sup>67</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 67 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),

- ein unabhängiges politik-, geschichts- und finanzwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(85) Broer, Schmidt und Umfeld, ebenso aber auch Minister Backhaus träumen seit 2007 von einer großen europäischen Agentur für Biotechnologie, die der Region um Rostock den Glanz eines großen Forschungsstandortes verleihen soll: „Der Wachstumskern ‚BioOK‘ soll sich in der Küstenregion Rostock-Schwerin - insbesondere um das AgroBioTechnikum Groß Lüsewitz - als ein europäisches Kompetenzzentrum für die Analyse, Bewertung und Überwachung von agrobiotechnologischen Produkten und Verfahren etablieren“.<sup>68</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 68 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen Kerstin Schmidt und Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (c).

(86) Das Wohl der Menschen vor Ort spielt in den abenteuerlichen und teuren Phantasien des Standortpokers keine Rolle. 2009 erwärmte sich auch Bundesforschungsministerin Annette Schavan für den Größenwahn an Uni Rostock und AgroBioTechnikum: „In Groß Lüsewitz bei Rostock arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern und regionalen Unternehmen in dem Projektverbund BioOK an der Standardisierung von Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen und könnte dabei auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung zum Weltmarktführer avancieren. ... Die beiden Alpha-Frauen Schawan und Broer tragen somit entscheidend dazu bei, dem strukturschwachen Agrarland Mecklenburg-Vorpommern eine neue Perspektive als Forschungsstandort zu verschaffen.“<sup>69</sup> BioOK wurde in den ersten Jahren vom BMBF zu 75% gefördert, die Folgefinanzierung betrug 50% der Kosten.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 69 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen Kerstin Schmidt und Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (c).

(87) Die großen Summen an Fördergeldern für die Firmengeflechte nützten dem AgroBioTechnikum selbst wenig. 2008 geriet es in eine wirtschaftliche Schiefelage. Ein Großteil der Labore und Büroflächen stand leer. Der Träger BioCon Valley70 zog sich aus Groß Lüsewitz zurück. Daraufhin übernahm die vom Land Mecklen-

burg-Vorpommern getragene Landgesellschaft M-V die Trägerschaft - erneut sprang der Staat der nach Geldquellen gierenden, aber bei den meisten Menschen unerwünschten grünen Gentechnik zur Seite. Profitiert haben die Gentechnik und das Geflecht der Firmen, während für die Region keinerlei positive Impulse in Form dauerhafter Investitionen oder Arbeitsplätze herausprangen. Gleichzeitig stieg der Druck von AktivistInnen, Umweltgruppen, AnwohnerInnen und den politischen Gremien aus der Nachbargemeinde Thulendorf, auf deren Gebiet einige der Versuchsfelder liegen. Der dortige Gemeinderat sprach sich schließlich einstimmig gegen die Versuchsfelder und für die Kündigung eines Pachtvertrages aus. Etliche AnwohnerInnen beteiligten sich 2009 an Protesten gegen die Freisetzen, die bis an die Gärten des Ortes Sagerheide heranreichten. Demgegenüber setzten sich weiterhin der mecklenburg-vorpommersche SPD-Landwirtschaftsminister Backhaus und seit 2009 neu auch die Bundesforschungsministerin Annette Schavan dafür ein, die gentechnische Forschung am AgroBioTechnikum weiter auszubauen. Allerdings wurden fast alle Versuchsfelder durch GentechnikgegnerInnen zerstört.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 70 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(88) Die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Gentechnik-Seilschaften sind trotz staatlicher Unterstützung mit Steuergeldern und Polizeitruppen erheblich. Die Gelder versickern in den dubiosen Firmengeflechten, während sich die Standorte kaum lange halten können. Zwar baden Broer und Schmidt in Unschuld: „Den Vorwurf einer Interessenkollision weisen beide von sich. Bei der Efsa hätten sie nur beratende Funktion. Sicher profitiere sie von Förderung, so Schmidt. ‚Aber daraus habe ich in den letzten drei Jahren mehr als 20 Arbeitsplätze geschaffen.‘ Inge Broer sagt, die entstandenen Netzwerke seien notwendig, aber ‚kein Filz‘. Vom Forschungsministerium gebe es nur Geld, wenn die Industrie beteiligt sei.“<sup>71</sup> Nachdem das IPK in Gatersleben als Freisetzungsfeld verloren ging und der politische Druck auch am AgroBioTechnikum zunahm, wurde der international agierende Firmenverbund BioOK zum neuen Stern am Himmel deutscher Gentechnik. Außerdem fanden sie 2008 einen neuen Ort für ihre riskanten Freisetzen, deren wissenschaftlicher Wert in fast allen Fällen nicht erkennbar ist: Ein Stiftsgut im kleinen Üplingen in der Magdeburger Börde beherbergt 2009 die größte Zahl von Versuchsfeldern ...

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 71 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen Kerstin Schmidt und Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (c).

### **(89) Mit Geld umgehen: Kerstin Schmidt**

Sie ist ausgebildete Mathematikerin und kümmert sich vorrangig um das Geschäftliche - das aber gleich in vielen Firmen gleichzeitig. Kerstin Schmidt ist Geschäftsführerin der Gentechnikfirmen biovativ, Biomath, des Gentechnik-Schaugartens Biotechfarm und des Firmenverbundes BioOK. Durch ihre Hände gehen Hunderttausende an Forschungsgeldern für die Gentechnik - und große Teile davon schiebt sie zwischen eigenen Firmen hin und her. Dass Gentechnik für sie vor allem eine Geldfrage ist, zeigte sie auch mit ihren Posten im Lobbyverein FINAB: Sie war dort Schatzmeisterin.

Die öffentlichen Gelder kassierten ihre Firmen und Vereine für den Aufbau der Infrastruktur in Groß Lüsewitz und Üplingen sowie für die Durchführung gentechnischer Experimente. Gleichzeitig war Schmidt Mitglied in der BBA-Arbeitsgruppe ‚Anbaubegleitendes Monitoring‘ und als Ad-hoc-Expertin für die EFSA in der PMEM-Workinggroup eingeladen, in der ebenfalls an Fragebögen zum Monitoring gearbeitet wurde. 2005 bis 2008 wirkte sie als Projektpartnerin und Kontaktperson für das BMBF-Projekt ‚Anbaubegleitendes Monitoring‘ (Teilprojekt 3). Mit anderen Worten: Sie ist bereits in ihrer Person Gentechnik-Durchführende und Kontrolleurin in einem. Zudem führen ihre Firmen Kontrolltätigkeiten bei Versuchen anderer durch - oft auch solcher externer Versuche, bei denen die personellen Verquickungen eine unabhängige Prüfung unmöglich machen. Ort all dieser Aktivitäten war bisher das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz. Doch neuerdings streckt sie ihre Fühler zu einem neuen Standort aus - der Biotechfarm in Üplingen.

Die tatsächliche Lage am AgroBioTechnikum ist aber noch schlimmer: Kerstin Schmidt ist enge Freundin und - aus den Fördertöpfen finanzierte - rechte Hand der Gentechnikprofessorin Inge Broer, die an der Uni Rostock den Lehrbetrieb zu Agrobiotechnologie leitet. Broer ist der inhaltliche und politische Kopf der Gentechnik-Seilschaften in Mecklenburg-Vorpommern, während Kerstin Schmidt das Organisatorische und Finanzielle regelt. Auf Broers Initiative hin entstand der Verein FINAB1, der unter dem Deckmantel innovativer und nachhaltiger Landwirtschaft den Ausbau der Gentechnik vorantreibt. In Groß Lüsewitz entstand das AgroBioTechnikum als Gründerzentrum speziell für Firmen der grünen Gentechnik. Millionen Fördermittel flossen in das Projekt - aber vor allem zu den Firmen der GründerInnen selbst. Als Organisatorin agierte Kerstin Schmidt, die ihre Firma BioMath mit einbrachte. Kunden waren Monsanto Agrar, Aventis CropScience, Pioneer Hi-Bred, Syngenta Seeds, KWS und die BBA (jetzt JKI).2 FINAB gründete Tochterfirmen, an die viele der Gelder weitergeleitet werden oder die selbst Mittel erhalten. Die Konstellation ist immer die Gleiche: Inge Broer auf dem formalen Führungsposten, Kerstin Schmidt in der Geschäfts- oder Kassenführung. Der Weg zum Geld war und ist kurz: Broer sitzt in vielen der Gremien, die Förderungen vergeben oder die Geldgeber beraten. Ebenso spielt sie in Genehmigungs- und Kontrollbehörden mit, d.h. sie ist Betreiberin, Geldgeberin und Kontrollstelle in einer Person. Und ganz so geschäftsuntüchtig ist auch Inge Broer nicht. Sie wird als (Mit-) Erfinderin von neun Patenten auf Gene angeführt, von denen vier durch Bayer CropScience gehalten werden, drei durch die (Ex-)Hoechst AG, eins durch die Norddeutsche Pflanzenzucht und eins durch die Erfinderin selbst. Die Finanzierung eines Projektes von Joachim Schieman (damals BBA), bei dem markerfreie gv-Pflanzen entwickelt wurden, stoppte das Landwirtschaftsministerium 2004, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Inge Broer schlug schnell zu und führte das Projekt in eigener Regie weiter - im Rahmen von FINAB und dem AgroBioTechnikum mit Joachim Schiemann als Gründungsmitglied!

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (b).

(90) Auszüge aus einem Lebenslauf von Prof. Inge Broer:

seit 1999 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Umweltministeriums MV

seit 1999 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums für Landwirtschaft, Fischerei und Forsten M.-V.

seit 1999 Mitglied der Arbeitsgruppe „Anbaubegleitendes Monitoring“ der Biologischen Bundesanstalt Braunschweig (heute: JKI in Quedlinburg)

seit 1999 Vorsitzende des Vereins zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger Agrobiotechnologie MV (FINAB)

seit 1999 Mitglied des Informationskreises Gentechnik des Bundes Deutscher Pflanzenzüchter

seit 2000 Mitglied des Kuratoriums der Kleinwanzlebener Saatzucht KWS

seit 2001 Mitglied der Futur Fokusgruppe Agrarproduktion (BMBF)

seit 2001 Mitglied im Forschungsverbund Mecklenburg Vorpommern FMV

seit 2001 Leiterin der AG Agrobiotechnologie an der Universität Rostock/FB Agrarökologie

seit 2002 Gutachterin der Deutschen Stiftung Umwelt für Biotechnologie

seit 2002 Mitglied im scientific board des deutschen Pflanzengemonprojekts Gabi

seit 2003 Professor an der Agrar und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock

seit 2004 Leiterin der Ad hoc Arbeitsgruppe Gentechnik des Umweltministeriums MV

seit 2004 Gesellschaftervorsitzende der bioativ GmbH

seit 2004 Gesellschafterin der BioOK GmbH

seit 2004 Sprecherin des Clusters ‚Pflanzen mit neuen Eigenschaften‘ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

seit 2005 Ad hoc Expertin der European Food Safety Authority (EFSA)

seit 2006 Vorstandsmitglied: Forschungsverbund Mecklenburg-Vorpommern e. V.

2009: TeilnehmerIn am Runden Tisch bei Forschungsministerin Schavan und gemeinsamer Vorschlag für weltweit agierende One-Stop-Agency

Dieser Auszug aus dem Lebenslauf entspricht den Tatsachen und belegt die Richtigkeit der in der Broschüre enthaltenen Wertungen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a) sowie
- Frau Prof. Inge Broer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeuginnen zu vernehmen (b).

(91) Ein ganz neues Projekt, gemeinsam organisiert aus den Seilschaften der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, entstand im Westen Sachsen-Anhalts, 30 km östlich von Magdeburg: Die BioTechFarm in Üplingen. Eröffnet im Juli 2008, dient sie nach eigener Darstellung der Beeinflussung von Meinungen über Gentechnik. Doch nicht nur Gehirnwäsche ist angesagt, offenbar ist der Ort auch wichtig zur Wäsche von Steuergeldern in einem unübersichtlichen Gewirr von Firmen - wie beim AgroBioTechnikum bereits seit einigen Jahren. Sehr schnell wurden für die Fläche mehrere Versuchsfelder angemeldet - ständig kommen neue hinzu. Hier wirkten sich einerseits die guten Kontakte zu Forschungsinstituten und Firmen aus, andererseits drängen diese nach Üplingen, weil ihnen andernorts der Wind des Protestes immer stärker ins Gesicht weht. Die BioTechFarm könnte sich daher schnell zum wichtigsten, aber auch zum letzten Versuchsstandort in Deutschland entwickeln.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(92) Entstanden ist sie durch die Kooperation der beiden wichtigsten Seilschaften bei Freisetzungsversuchen, Fördermittelveruntreuung und Firmengründungen: Dem IPK in Gatersleben und dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz. Kerstin Schmidt ist Geschäftsführerin der Firmen in Üplingen und in Groß Lüsewitz. Für 2009 wurden Versuchsflächen von Pioneer (Mais), BASF (Kartoffeln), Monsanto (Mais) und der Uni Rostock (Weizen und Kartoffeln) angemeldet. Hinzu kam die Firma KWS mit Round-up-Ready-Rüben. Das Besondere: Die angemeldeten Flächen sind überwiegend Zweitstandorte - die Hauptflächen liegen am AgroBioTechnikum oder auf Firmengelände.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(93) Zunächst aber ein Blick in die Geschichte: Die Entstehung der BioTechFarm wirft ein bizarres Licht auf die Kaltblütigkeit der Gentechnik-Seilschaften und auf die Schwäche aktueller Umweltschutzstrategien. Ausgangspunkt der Entwicklung war nämlich ausgerechnet eine PR-Kampagne für Nachhaltigkeit. Das Dorf Üplingen wurde zu einem der globalen Projekte für eine nachhaltige Entwicklung der Welt. Der Titel des UN-Dekadeprojektes: „Das Dorf Üplingen als Agenda 21 Siedlung und

Motor der nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum - Üplingen 2049“.<sup>72</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 72 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(94) Hier galt die seit ca. 1995 übliche wachswenige Umweltschutzstrategie von Nachhaltigkeit und Agenda 21. Als eines der Projekte wurden Renovierung und Ausbau des Stiftsgutes Üplingen vorangetrieben. Das alles sollte ein „Leitprojekt des Bördekreises für die integrierte ländliche Entwicklung“ ergeben.<sup>73</sup> Anfangs war noch das für Nachhaltigkeitsfragen renommierte Wuppertal-Institut als Projektpartner beteiligt.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 73 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(95) Zwei Jahre später plätscherte das Nachhaltigkeitsprojekt gemächlich, aber noch in der ursprünglichen Form vor sich hin. Im Mittelpunkt stand die Renovierung des Stiftsgutes. Eigentümerin war und ist die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz. Verpachtungen liefen über die niedersächsische Landesverwaltung (GLL).<sup>74</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 74 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(96) Das Geld aber kam vor allem von Karl-Heinz Lichtschläger und dessen Saatgutwirtschaft S.G.L. in Erftstadt (bei Köln). Er pachtete das Stiftsgut, wurde zum reichen Mäzen aus dem Westen und dominierte die Abläufe im 75-EinwohnerInnenort Üplingen und in der für die Aktivitäten gegründeten ARGE Üplingen.<sup>75</sup> Als Vorsitzender des Bundesverbandes der Vermehrungsorganisationen mit Saatgut (BVO) verfügte er über gute Kontakte bundesweit, u.a. zur Gentechnik-Lobbygruppe Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP).

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 75 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung

- zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Karl-Heinz Lichtschläger zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(97) Mitte 2007 wurde ein Papier mit vier Zielen für das Nachhaltigkeits- und UN-Dekaden-Projekt verfasst. Eine geplante Biogasanlage wurde als neues Projekt eingebunden. Ihre Restwärmenutzung sollte zu diesem Zeitpunkt aber noch allein dem Umweltschutz dienen. Die vier „Einzelmaßnahmen“ im Papier (Überschriften):

1. Nutzung der Restwärme der Biogasanlage in Üplingen: ...

Einrichtung eines Büros für die Forschung, Betreuung und Entwicklung von regenerativen Energiesystemen: ...

Tagungs- und Weiterbildungszentrum erneuerbare Energien: ...

Transnationale Zusammenarbeit: ...76

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 76 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(98) Doch im Laufe der Jahre 2007 (noch verdeckt<sup>77</sup>) und 2008 griffen die Gentechnik-Seilschaften zu: Uwe Schrader, Vorsitzender von InnoPlanta, Macher aus dem IPK-Filz in Gatersleben und FDP-Politiker im Land, organisierte Gelder und zog die Fäden über den Mäzen des ehemaligen Nachhaltigkeitsprojektes, Lichtschläger. Die Idee eines Schaugartens und Zentrums für gentechnische Pflanzenzüchtung entstand - mit Schrader als erstem Geschäftsführer. Im April 2008 gab er diesen Posten wieder ab ... an die Überall-Geschäftsführerin Kerstin Schmidt. Damit wurde das neue Projekt erkennbar als Gemeinschaftsproduktion aus den sachsen-anhaltinischen und mecklenburgischen Seilschaften. Die brauchten neue Flächen. Das AgroBioTechnikum schwächelte, war wenig ausgelastet. Im IPK zerstörten AktivistInnen das letzte Genfeld,<sup>78</sup> das Projekt in Gatersleben war im Laufe der Jahre immer mehr in die Kritik geraten. Interner Druck auf die verstrickten Funktionäre der beteiligten Kirche ließen die Gentechniklobbyisten flüchten: Das neue El Dorado für Gentechnik und Geldwäsche sollte nun in Üplingen entstehen. Die im Zuge des Nachhaltigkeitsprojektes entstandene Infrastruktur wurde handstreichartig übernommen. Innerhalb eines Jahres wandelte sich die Zielsetzung - geschickt und kaum merklich. Der Wendepunkt: Das Symposium 2008 zur Nachhaltigkeit. Dort trat Uwe Schrader erstmals öffentlich auf. Er ist kein Gentechnikexperte, sondern organisiert Infrastruktur und Fördermillionen für ForscherInnen und Firmen. Als ehemaliger Referent im Wirtschaftsministerium verfügt er über ausreichend Kontakte. Sein Auftritt in Üplingen wurde auf der Internetseite zum Symposium dokumentiert.<sup>79</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 77 bis 79 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Uwe Schrader zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(99) Der Deal war auch mit - wieder einmal willfährigen - staatlichen Stellen geklärt. Schon am 15.1.2008 trafen sich Schrader, Monsanto und die Überwachungsbehörden in Üplingen (siehe Abb.). Das Planungspapier aus dem Jahr 2007 wurde umgeschrieben. Der 4. Punkt des Projektplanes, bislang „Transnationale Zusammenarbeit“ mutierte zum „Zentrum für Pflanzenzüchtung“. Die Biogasanlage erhielt eine neue Bestimmung als Kraftwerk für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen. Plötzlich las sich der vierte Absatz so:

#### 4. Zentrum für Pflanzenzüchtung

Es soll ein Zentrum für Pflanzenzüchtung nach einem modularen System entstehen. Als erster Schritt soll eine Verbindung von Pflanzenzüchtung und Öffentlichkeitsarbeit realisiert werden. Auf einer Ackerfläche neben dem Gutshof erfolgt im Rahmen eines wissenschaftlichen Züchtungsprojektes der Freilandanbau gentechnisch veränderter Pflanzen, der ein Bestandteil des nach Bundesrecht durchzuführenden Zulassungsverfahrens ist.

Auf einer zweiten Fläche entsteht ein Schaugarten, in dem innovative Pflanzen für den Energiebereich präsentiert werden. Dieser kann während der Vegetationsperiode besichtigt werden. Im Schaugarten werden sowohl herkömmlich gezüchtete Pflanzen als auch gentechnisch veränderte angebaut, für die eine entsprechende Genehmigung der zuständigen Bundesbehörde vorliegt.<sup>80</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 80 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Uwe Schrader zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(100) Ein unscheinbarer, aber weit reichender Austausch. In einem Rundbrief, dem der veränderte Text als Ergebnis einer Besprechung angefügt war, behaupteten die Autoren dreist: „Im Ergebnis wurden die bereits definierten Entwicklungsziele bestätigt ...“ Die Übernahme des Nachhaltigkeitsprojektes durch die wichtigsten Seilschaften deutscher Gentechnik wurde so weitgehend vertuscht. Aus einem - politisch schwächlichen - Nachhaltigkeitsprojekt<sup>81</sup> wurde geräusch- und übergangslos das wahrscheinlich demnächst wichtigste, auf jeden Fall aber aggressivste Gentechnikprojekt in Deutschland.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 80 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

D Ö H M E R  
Rechtsanwalt